

Rede von Mario Sottolichio anlässlich seines Besuches bei FiFAr e.V. in der Evangelischen Studentengemeinde an der Universität Essen am 31. Januar 2020

Ich bin sehr froh, dass ich heute Abend hier bei Euch bin und dass ich Euch einen Überblick über die jüngste politische Entwicklung in Chile geben kann. Besonders, wenn ich in die Gesichter der Menschen hier vor mir blicke, die Chile im Herzen haben und deren eigene Biographie mit Chile verbunden ist.

Es ist auch für mich bedeutsam hier in der ESG (Evangelische Studierenden-Gemeinde) zu reden. Dieser Ort bringt positive, gute Erinnerungen zurück. Für viele exilierte Chilenen war es nach der Flucht aus Chile unter der Militärdiktatur Pinochets unser zweites Zuhause. Meine ganz besondere Erinnerung gilt Pfarrer Walter Zielke, dem damaligen Leiter der ESG, der uns in sozialer Hinsicht geholfen und uns in unserem politischen Kampf gegen die Militärdiktatur unterstützt hat.

Unser Land erlebt zurzeit eine dramatische und richtungsweisende Phase, und nach dreißig Jahren (Ende der Militärdiktatur 1989) ist ein großer Teil des Volkes in Bewegung geraten unter dem Motto „Chile despertó“ (Chile ist aufgewacht).

30 Jahre formale Demokratie haben es nicht vermocht, die grundlegenden Strukturen eines wirtschaftlichen und sozialen Modells so zu verändern, dass alle Chilenen von den Erfolgen des Wirtschaftswachstums der letzten Jahrzehnte in Chile profitieren.

Als es dem chilenischen Volk 1989 mit dem Volksentscheid gegen Pinochet gelang, die Demokratie zurückzuerobern, waren die Aufgaben gewaltig: Der Wiederaufbau politischer Strukturen, die Ankurbelung des Wohnungsbaus, Verbesserungen im Gesundheitswesen sowie im Bildungs-, Sozial- und Arbeitssystem.

Laut Statistik lebten 1990 etwa 46% der Chilenen und Chileninnen unter der amtlichen Armutsgrenze. Die Strukturen im Gesundheitswesen waren nicht in der Lage eine gute Ausbildung und eine Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Die staatlichen Leistungen im Wohnungsbau waren für die Bevölkerung völlig unzureichend, die Arbeitslosigkeit betrug, gemessen an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte, 10%.

Eine der ersten Maßnahmen der Regierung Aylwin (Christdemokrat und Präsident von Chile von 1990 bis 1994) war die Durchführung einer Steuerreform, die die Finanzierung dringender Staatsausgaben ermöglichte. Die ersten Jahre nach der Militärdiktatur können als erfolgreich bezeichnet werden. Die Wirtschaftspolitik ermöglichte ein Wirtschaftswachstum von 5%. Dessen Grundlage war jedoch die quantitative und qualitative Verbesserung und Ausweitung der Exporte für Mineralien, Obst, Holz und Meeresprodukte. Eine Reihe von Maßnahmen, die sich positiv auf die Lebensqualität der chilenischen Bevölkerung auswirkten, wurde in Angriff genommen. Kindergärten und Kinderkrippen wurden ausgebaut, die Schulverpflegung verbessert, neue Krankenhäuser mit moderner medizinischer Einrichtung wurden gebaut.

Dazu wurde die Zahl der Gesundheitszentren für Familien erhöht, es wurden geräumigere und bessere Wohnungen errichtet. Schließlich wurde die Infrastruktur (Straßen, Buslinien, Häfen) in erheblichem Maß modernisiert und verbessert.

Auch auf der politischen Ebene gab es Verbesserungen: Die Regierung unterzeichnete die Internationale Erklärung über die Rechte von Kindern und Jugendlichen und stellte entsprechende Finanzmittel zur Verfügung. Sie leitete eine Strafrechtsreform ein, und es gab eine politische Diskussion um die Ausweitung der Bürgerrechte auch für Lesben, Schwule und Transgender. Gegen die Militärs, die während der Militärdiktatur Pinochets für die Verletzung der Menschenrechte verantwortlich waren, wurden Gerichtsverfahren eingeleitet. Viele von ihnen wurden verurteilt und ins Gefängnis gebracht. Allerdings gibt es immer noch offene Fälle, in denen Militärs nicht ihrer Strafe zugeführt worden sind. Aber die Regierung erkannte die Opfer der Menschenrechtsverletzungen durch die Militärdiktatur an und leistete Entschädigungen in Form von Renten, Zugang zu medizinischer Versorgung und Wohnraum.

Mit der Präsidentschaft von Ricardo Lagos (2000-2006), dem ersten sozialistischen Präsidenten nach Salvador Allende Anfang der 70er Jahre, begann der Kampf um eine Veränderung der unter der Militärdiktatur verabschiedeten Verfassung von 1980. Erstmals gab der Block rechter Parteien seinen fundamentalen Widerstand gegen jede Veränderung der Verfassung auf, und Lagos erreichte 58 Verfassungsänderungen. In diesem Zusammenhang wurden u. a. die Senatoren auf Lebenszeit abgeschafft, und die Amtszeit des Präsidenten wurde von 6 auf 4 Jahre reduziert. Der Präsident erhielt wieder das Recht, die Oberbefehlshaber der Streitkräfte und der Polizei abzusetzen. Allerdings wurden Kernbereiche der Verfassung von 1980 nicht verändert.

Auch die Nachfolgerin von Lagos, Präsidentin Michelle Bachelet (erste Amtszeit 2006-10 und zweite Amtszeit 2014-2018) initiierte Reformprojekte: Rücknahme der Privatisierung des Wassers, ein neues Gewerkschaftsgesetz, Stärkung der Rechte homosexueller Paare, Vorschläge zum Schwangerschaftsabbruch, Änderungen im Rentensystem, Stärkung der Rechte des Bürgerbeauftragten für Verbraucherschutz. All diese gesetzlichen Bemühungen wurden von dem Block der rechten Parteien niedergestimmt.

Die Gesetze zur Bildungsreform lehnte die rechte Opposition ab, und das konservative Verfassungsgericht erklärte sie für verfassungswidrig. Einer der Erfolge Bachelets Präsidentschaft war eine sogenannte Mütterrente für Frauen, die wenig erwerbstätig gewesen waren und viel Lebenszeit mit der Kindererziehung verbracht hatten. Parallel zu diesen politischen Auseinandersetzungen begannen die sozialen Bewegungen: Schülerinnen/Schüler- und Studierendenstreiks für eine Demokratisierung des Bildungssystems, Demonstrationen für die Anerkennung sexueller Minderheiten, für die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen (Mapuche), für eine bessere Gesundheitspolitik, für die Rechte der Frauen, für die Bewahrung der Umwelt und gegen den exzessiven Raubbau an der Natur (Stichwort Holzindustrie, Fischerei, Abbau von Bodenschätzen). Die Forderungen dieser Bewegungen blieben ohne politische Antwort.

Die Korruption in der Politik wuchs, in den Streitkräften, bei der Polizei und im Unternehmertum. Die Justizapparate waren nicht in der Lage die Korruption zu bekämpfen; es gibt bis heute kein Antikorruptionsgesetz. Die einzige Strafe für nachgewiesene Korruption von Unternehmen ist, dass ihre Vertreter gezwungen werden einen zweisemestrigen Kurs in Ethik an der Universität zu besuchen.

Damit begann ein Entfremdungsprozess zwischen den Bürgern und dem gesamten politischen Apparat des Staates. An den letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen nahmen nur 38 % der Wählerinnen und Wähler teil. Korrupte Politiker, die von Unternehmen bezahlt wurden, sorgten für Gesetze zur weiteren Privatisierung der Küstengebiete, für eine Senkung der Abgaben für die Bergbauunternehmen und sie blockierten gesetzliche Regelungen zur Offenlegung von Parteifinanzierungen. Die Kartellbildung in vielen Wirtschaftszweigen führte zu Monopolpreisen, z. B. bei Medikamenten.

Die katholische Kirche, die in Teilen eine zentrale Rolle im Widerstand gegen die Militärdiktatur gespielt hatte, wurde massiv beschuldigt, Pädophilie im Klerus zugelassen und geduldet zu haben. Aktuell ist ein Drittel der Diözesen in Chile ohne Bischöfe. Die evangelischen Kirchen leiden ebenfalls unter Sex- und Finanzskandalen. Die Menschen haben das Gefühl in einer unmoralischen Gesellschaft zu leben; viele fühlen sich im Stich gelassen. Selbst die linken Parteien unter Einschluss der Kommunistischen Parteien erleben eine Vertrauenskrise in der Bevölkerung. So bemühen sie sich öffentlich darum, die venezuelanische Diktatur zu rechtfertigen, während Tausende Flüchtlinge aus Venezuela nach Chile kommen und damit die katastrophale Situation in ihrem Heimatland dokumentieren.

Der Einfluss der Drogenkartelle nimmt stetig zu, und der Staat ist nicht in der Lage oder nicht willens dagegen vorzugehen. Kriminalität und Unsicherheit nehmen in der Bevölkerung zu. Die Bevölkerung lebt in einer Atmosphäre, die den Konsum anheizt; mit all den persönlichen und sozialen Folgen dieses „Konsumismus“.

Wut, Wut und Wut hat sich in den Köpfen und Herzen von Millionen Chileninnen und Chilene eingensetzt. Fortschritt und Modernität gelten nur für eine kleine Schicht. 1% der Bevölkerung besitzt 32% des Landes. Sie leben in einem Sektor mit Standards der sogenannten Ersten Welt, in dem die besten Schulen, Universitäten und Kliniken angesiedelt sind.

Dazu kommt, dass es ständig zynische Kommentare seitens der Behörden gibt. Der Gesundheitsminister erklärte dem Volk, Chile habe das beste Gesundheitssystem der Welt. Der Finanzminister sagte, zwar sei die Inflationsrate im September (2019) stark gestiegen, aber der Preis für Blumen sei gesenkt worden, so dass die Romantiker mehr Blumen für ihre Frauen kaufen könnten. Im Oktober (2019) äußerte er bei seiner Ankündigung der steigenden Tarife im U-Bahntarif, die Leute könnten die U-Bahn ja zwischen 6- und 7 Uhr morgens oder zwischen 21- und 22 Uhr abends nutzen, da sei es billiger.

Dieser Zynismus erklärt auch die Ereignisse des 18. Oktober 2019. Die Regierung kündigte eine Erhöhung der U-Bahnpreise um fast 5% an, und unmittelbar danach begann ein Protest der

Schülerinnen und Schüler und Studierenden, die in ganzen Gruppen die Eingangssperren der U-Bahn übersprangen. Innerhalb von 24 Stunden befanden sich Millionen von Chilenen auf den Straßen. Jetzt war es nicht mehr nur der Protest gegen die Verteuerung der U-Bahntickets; es gab einen tausendfachen Chor von Forderungen, die jahrelang nicht gehört worden waren. Themen wie Renten, Bildung, Gesundheit und Umwelt bestimmten die Proteste. Die Antwort der Regierung unter Präsident Piñera (erste Amtszeit 2010-14; zweite Amtszeit seit 2018) und reichster Unternehmer Chiles mit einem geschätzten Vermögen von 2,7 Mrd. US-Dollar (laut Forbes Magazin) war, dass Chile sich im Krieg befinde, und er schickte das Militär auf die Straße.

So begann eine Protestwelle, die jeden Tag stärker und größer wurde und dazu führte, dass am 25. Oktober 2019 mehr als drei Millionen Menschen überall in Chile protestierten. Auch in San Felipe waren ca. 20.000 Menschen auf den Straßen (ein Viertel der Bevölkerung). Die Regierung antwortete darauf immer mit dem brutalen Einsatz der bewaffneten Polizeikräfte. Mehr als 400 Menschen erlitten landesweit schwere Augenverletzungen durch Gummigeschosse, und die schwarzen Augenklappen der Opfer wurden zu Symbolen des Widerstands. Es gab bisher über 30 Tote und 18.000 Verhaftungen. Beschwerden über gravierende Menschenrechtsverletzungen wurden auch von Internationalen Menschenrechtsorganisationen erhoben. Der Regierung gingen in diesem Zeitraum die Antworten aus. Ihre Aktionen konzentrierten sich auf die Unterdrückung der Proteste. Wir haben nun einen Präsidenten, der nach jüngsten Meinungsumfragen mit 6% der Zustimmung durch die Bürgerinnen und Bürger rechnen kann. Wir haben eine Zustimmung zu den Parteien von 2% und eine Zustimmung zum Parlament von 4%.

Dagegen steht eine heterogene Bewegung mit unterschiedlichen Forderungen und Interessen, die massiv mobilisiert ist, der es aber an Organisation und vertrauenswürdigen Persönlichkeiten fehlt, die einen Prozess des politischen Neustarts einleiten und mit den geschwächten und unglaubwürdigen alten politischen Repräsentanten einen Dialog beginnen könnten.

Der einzige politische Ausweg besteht darin, einen Weg mit vertrauenswürdigen Repräsentanten zu einer neuen Verfassung einzuleiten, in der die wichtigsten Forderungen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden und der wieder zu einer demokratisch legitimierten politischen Ordnung führt. Den Weg dazu öffnet das für den 26. April 2020 angesetzte Plebiszit, das bei einem „Ja“ den Prozess zu einer konstituierenden Versammlung einleiten könnte. Diese Versammlung könnte die Ausarbeitung einer neuen Verfassung leisten.

Ich habe meine Zweifel, ob dieser Weg möglich ist. Die Volksbewegung hat ihren Weg unter dem Slogan „Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden“ eingeschlagen, und die Regierung hat diesen Slogan aufgegriffen und umgedreht „Ohne Frieden gibt es keine Gerechtigkeit“. Damit meinen die Reformgegner, dass man ohne Frieden (d.h. ohne Abbruch der Proteste) die Volksabstimmung am 26. April nicht durchführen könne und man darüber hinaus Forderungen

nach Teilhabe der Mapuche oder der Forderung der Geschlechterparität bei der Zusammensetzung der verfassungsgebenden Versammlung auf keinen Fall zustimmen könne.

Gegenwärtig arbeiten wir politisch daran, die Volksabstimmung für die verfassungsgebende Versammlung zu gewinnen, aber die Unterdrückung geht weiter. Gestern starben zwei weitere Jugendliche durch die Polizei, und die gewalttätigen Demonstrationen flammten sofort wieder auf.

Zum Abschluss lasst mich aus der letzten Radioansprache unseres Präsidenten Salvador Allende zitieren, als der Regierungspalast schon vom Militär bombardiert wurde: *„Ich glaube an Chile und an seine Zukunft. Andere nach mir werden auch diese bitteren und dunklen Augenblicke überwinden, in denen der Verrat versucht, sich durchzusetzen. Sie sollen wissen, dass eher früher als später wahre Menschen auf breiten Straßen marschieren werden, um eine bessere Gesellschaft aufzubauen“.*



Protestierende in San Felipe, Chile

